

Ostmärkische Tageszeitung



Anzeiger für Stadt und Land

Ausgabe täglich abends mit Ausschluß der Sonn- und Festtage. — Bezugspreis für Thorn Stadt und Vorstädte frei ins Haus vierteljährlich 2,25 Mk., monatlich 75 Pf., von der Geschäfts- und den Ausgabestellen abgeholt, vierteljährlich 1,80 Mk., monatlich 60 Pf., durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr 2,00 Mk., mit Bestellgebühr 2,42 Mk. Einzelnummer (Belageexemplar) 10 Pf.

Anzeigenpreis die 6 gepaltene Kolonietzeile oder deren Raum 15 Pf., für Stellenangebote und Verträge, Wohnungsanzeigen, An- und Verkäufe 10 Pf., für amtliche Anzeigen, alle Anzeigen außerhalb Westpreußens und Bofens und durch Vermittlung 15 Pf.) für Anzeigen mit Platzvorschrift 25 Pf. Im Restamteil kostet die Zeile 50 Pf. Rabatt nach Tarif. — Anzeigenanträge nehmen an alle soliden Anzeigenvermittlungstellen des In- und Auslandes. — Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle bis 1 Uhr mittags, größere Anzeigen sind tags vorher aufzugeben.

(Thorner Presse)

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Katharinenstraße Nr. 4. Fernsprecher 57. Brief- und Telegramm-Adresse: „Presse, Thorn.“

Thorn, Freitag den 10. Februar 1911.

Druck und Verlag der C. Dombrowski'schen Buchdruckerei in Thorn. Verantwortlich für die Schriftleitung: Heinrich Bartmann in Thorn.

Zusendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einsendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitig Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt, unverlangte Manuskripte nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigefügt ist.

Kaiserliche Anerkennung für das Ministerium der öffentlichen Arbeiten.

Der „Reichsanzeiger“ schreibt: „Se. Majestät dem Kaiser und König ist von dem Minister der öffentlichen Arbeiten ein Bericht über die Verwaltung der öffentlichen Arbeiten in Preußen in den Jahren 1900 bis 1910 im Anschluß an den ähnlichen Verwaltungsbericht vom Jahre 1901 erstattet worden. Wir behalten uns vor, auf den Inhalt des Berichts im einzelnen zurückzukommen, glauben aber schon jetzt den allerhöchsten Erlaß Se. Majestät zur weiteren Kenntnis bringen zu sollen, der an den Minister ergangen ist.“ Er lautet:

„Von Ihrem, mir zum Beginne eines neuen Lebensjahres vorgelegten Berichte über die Tätigkeit der in Ihrem Ministerium vereinigten Verwaltungen während des Dezenniums vom 1. April 1900 bis 31. März 1910 habe ich mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen. — Es erfüllt mich mit besonderer Befriedigung, daß es gelungen ist, den Anforderungen des in außerordentlichem Maße gewachsenen Verkehrs auf den Eisenbahnen durch planmäßige Erweiterung des Schienenetzes sowie durch Vervollkommnung und bessere Bewertung der Verkehrsmittel unter Wahrung der finanziellen Bedürfnisse des Staates gerecht zu werden und gleichzeitig die Fürsorge für das Wohl der Angestellten und Arbeiter weiter auszugestalten. Mit Genugtuung habe ich ferner von der energischen Inangriffnahme der Durchführung der wasserwirtschaftlichen Gesetze, von der weiteren Ausgestaltung der Seebäfen und Seeschiffahrtsstraßen sowie von der Vervollkommnung der Seezeichenanlagen und nicht minder von den Leistungen der Hochbauverwaltung während des abgelaufenen Jahrzehnts Kenntnis genommen. — Indem ich Ihnen und den Beamten Ihres Ressorts meine Anerkennung und meinen Dank für Ihre treue Pflichterfüllung erneut ausspreche, will ich die Veröffentlichung des Berichts gern genehmigen.“

Berlin den 6. Februar 1911.

Wilhelm R.

An den Staatsminister der öffentl. Arbeiten von Breitenbach.

Aus dem Reichstag.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Berlin, 8. Februar.

Die dicken Stöße von Reichstagsakten, welche täglich auf die Bänke der Abgeordneten gelegt werden, sind besonders umfangreich geworden. Die meisten bleiben aber unberührt liegen — die Furcht vor den endlosen Reden der Herren Stadthagen, Ablaß, Müller-Meinungen, Heine ist eklatant. Nur die polnische Fraktion ist ziemlich vollzählig vertreten, sie stimmt stets mit dem roten Block, der wiederum Anträge über Anträge einbringt. Sachlich passen sie schwerlich in den Rahmen. Aber der Zweck der Übung ist ja ein ganz wesentlich anderer. Man will Gelegenheit haben, zum Fenster hinaus zu reden und die Massen gegen die Autorität des Richterstandes mobil zu machen. Der Antrag Heine, nach welchem die Prozesse nach den Anfangsbuchstaben des ältesten Angeklagten an die Kammern verteilt werden sollen, ist nur gestellt, um die „Willkürherrschaft der obersten Behörde“ zu gefeln. Weniger grob, aber nicht minder fanatisch arbeitet der Freisinn, der in jeder Forderung der Regierung einen Verstoß gegen die verbrieften Rechte des souveränen Volkes sieht, wie z. B. auf die ausgesprochene Feindschaft der Regierung gegen die Schwurgerichte ohne Grund geschlossen wurde. Der Geh. Oberregierungsrat von Tischendorf greift diese Mißtrauenskundgebung auch dankbar auf. Einen besseren Gefallen konnte der Freisinnswähler ihm garnicht tun, und so wurde es

Herrn von Tischendorf nicht schwer, die ganze Haltlosigkeit der Anlage zu beweisen. Immerhin humpelt heute die Opposition auf Zentrumsstrüßen von einem schmalen Erfolge zum anderen.

Politische Tageschau.

Erklärung des Kaisers.

Wolffs Bureau meldet: Seine Majestät der Kaiser nimmt an dem Hoffball heute (Mittwoch) einer Erklärung wegen nicht teil. Die militärische Feier, die am Donnerstag in Potsdam anlässlich des Dienstantritts des Prinzen Joachim in das 1. Garde-Regiment zu Fuß stattfinden sollte ist aus dem gleichen Grunde abgeseht.

Kein Besuch des Kaisers beim Papst.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: „In der Presse werden Gerüchte über einen bevorstehenden Besuch des Kaisers und Königs beim Papst verbreitet. Wir möchten demgegenüber bemerken, daß, wie in früheren Jahren, ein Aufenthalt auf der Insel Korfu geplant ist. Die an diese Reise geknüpften weiteren Kombinationen sind nicht zutreffend.“

Bedenken gegen die Wahlpflicht

äußert die „Kreuzzeitung“. Um die Lauerheit der bürgerlichen Wähler ein Ende zu bereiten, hatte ein konservativer Verein als Strafe für Wahlsäumige den Steuerfuß eines Jahres vorgeschlagen. Die Strafe zieht der Staat ein, erwidert darauf das genannte Blatt; gegen ihn als Dränger wird sich daher der Zorn der Wahlsäumigen richten. Der Staat zwänge also in Wirklichkeit eine Anzahl Indische enter ins Lager der Radikalen durch Einführung der Wahlpflicht. Der sozialdemokratische Terrorismus bei den Wahlen ist bekannt. Viele nicht sozialdemokratische Geschäftsleute, die von Arbeiterkundschaft abhängen, dürfen auch bei den geheimen Wahlen nicht zur Urne gehen, wenn sie nicht versichern können, daß sie einen Sozialdemokraten gewählt haben. Ein Geschäftsmann, der in solcher Lage ist, muß also bei Wahlpflicht entweder sozialdemokratisch wählen, oder er hat die Wahl, ob er die Strafe zahlen oder seine ganze Existenz gefährden will.

Rückgang des Lehrermangels.

Mit Rücksicht auf den Lehrermangel sind bisher in den unteren Klassen der Präparandenanstalten bis 40 Schüler aufgenommen worden. Nach Ansicht des Kultusministers ist der Lehrermangel zurückgegangen, er hat deshalb die Provinzial-Schulkollegien angewiesen, darauf Bedacht zu nehmen, daß die Besuchsziffern der Präparandenanstalten und Seminare auf die normalmäßigen Zahlen zurückgeführt und vom nächsten Schuljahre ab in die untersten Klassen auf keinen Fall mehr als 35 Schüler aufgenommen werden.

Die Wahlrechtsreform in Braunschweig.

Die braunschweigische Landesversammlung nahm am Mittwoch mit 36 gegen 8 Stimmen einen Schlußantrag der Kommission an, die Landesregierung zu ersuchen, unter Zugrundelegung der direkten und geheimen Wahl nach dem Dreiklassenwahlssystem eine Gesetzesvorlage über Abänderung des Wahlrechts dem Landtage sobald als möglich vorzulegen. Die im Laufe der Debatte vom Dienstag und Mittwoch gestellten Abänderungsvorschläge und Anträge sind der Regierung als Material zu überweisen.

Kaiser Franz Josef

ist Mittwoch Abend zu mehrwöchigem Aufenthalt in Budapest eingetroffen.

Stillegung der Krakauer Hochschule.

Der Unterricht an der Krakauer Universität wird im Wintersemester nicht wieder aufgenommen werden.

Im Heeresauschuß der ungarischen Delegation

machte am Dienstag der Reichskriegsminister Frhr. v. Schönau Mitteilungen über die geplante Reform der Wehrverfassung, namentlich auch über die Einführung der zweijährigen Dienstzeit.

In der italienischen Deputiertenkammer

dankte Pinchia für die sympathischen Worte des Premierministers Asquith im englischen Unterhause aus Anlaß der bevorstehenden Feier des 50. Jahrestages der Schaffung des geeinten Italiens. (Lebhafter Beifall.) Ministerpräsident Luzzatti schloß sich namens der Regierung dem Vorredner an, erinnerte an die alten Bande, die zwischen Italien und England beständen, und schilderte die Verdienste Englands bei der Wiedergeburt Italiens. (Sehr lebhafter Beifall.) Kammerpräsident Marcora dankte Pinchia dafür, daß er sich zum treuen Dolmetsch der Gesinnung der Kammer gemacht habe, und dankte auch dem Ministerpräsidenten Luzzatti, daß er die Gefühle des ganzen Landes so treffend ausgedrückt habe. (Lebhafter Beifall.)

Maßregelung eines französischen Seeoffiziers.

Der französische Ministerrat hat den Leutnant z. S. Farrere seiner Funktion beim Großen Generalstab entzogen und ihm einen Verweis erteilt wegen eines in einem Pariser Morgenblatt erschienenen Artikel über die Marine, dessen Sprache die Disziplin beeinträchtigte.

Nachklänge vom französischen Eisenbahnerausstand.

Dreizehn Eisenbahnangestellte und Journalisten, welche in den letzten großen Eisenbahnerausstand verwickelt sind, sind am Dienstag vor das Pariser Schwurgericht verwiesen worden.

Lord Roberts

wohnte am Dienstag einer Versammlung im Majesty's Theater in London bei, auf der beschlossen wurde, einen Zweig der Nationalen Dienstliga für die Angestellten der Theater zu begründen. Im Laufe seiner Ansprache berührte Lord Roberts „die Hoffnungslosigkeit und völlige Unwirksamkeit der Territorialarmee“. Man könne gegen eine Invasion nicht gerüstet sein, wenn man nicht das Beispiel Deutschlands durch Schaffung eines zuverlässigen Volksheeres nachahme. Er sei überzeugt, daß eine noch so starke Flotte, die Sicherheit des Landes nicht unter allen Verhältnissen gewährleisten könne. Man müsse eine hinreichend starke Armee haben, die auf gesunden demokratischen Grundsätzen beruhe, und in der alle Klassen der Bevölkerung, die Söhne der Herzoge wie die Söhne der Arbeiter Schulter an Schulter fechten würden.

In dem Steuerbudget für Dänemark,

mit dem der Finanzminister am Dienstag den Folketing überraschte, befindet sich u. a. eine Vorlage, betr. Erhöhung aller Eisenbahntarife auf den Staatsbahnen, was eine Mehreinnahme von 3 3/4 Millionen Kronen bringen soll.

In Lissabon

fand am Dienstag trotz des behördlichen Verbots eine Prozession statt, die das Bild des hl. Sebastian mit sich führte. Es kam dabei zu Kundgebungen für und gegen die Veranstellung. Zwanzig Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die russische Duma

beschloß den am 28. Dezember angenommenen Dringlichkeitsantrag wegen der Ausweisung russischer Untertanen aus dem Mährisch-Osttrauer Kohlenbezirk fallen zu lassen.

Verkauf deutscher Dampfer an die Türkei.

Der Norddeutsche Lloyd hat seinen Dampfer „Roland“ an die Türkei verkauft. Das

Schiff soll ebenso wie die beiden früher verkauften Dampfer „Darmstadt“ und „Oldenburg“ zu Truppentransporten nach Arabien verwendet werden. Alle drei Dampfer sollen mit eigener Besatzung des Norddeutschen Lloyd nach Konstantinopel übergeführt werden.

Neue türkisch-griechische Verstimmungen.

Wie türkische Blätter melden, hat die Pforte den türkischen Geschäftsträger in Athen beauftragt, die Aufmerksamkeit der griechischen Regierung auf die Grenzwissensfälle zu lenken, die seit einiger Zeit häufiger geworden seien.

Keine Europäermorde in Marokko.

Der Generalkapitän von Melilla erklärt die Nachricht, daß in der Umgegend vier Europäer überfallen und ermordet worden seien, für unzutreffend.

Der Aufstand in Arabien.

Zur Bekämpfung des Aufstandes in Arabien ist an Bord des rumänischen Schiffes „Jassy“ ein weiteres türkisches Bataillon nach Hodeida abgegangen. Wie dem Generalstab mitgeteilt wurde, wird der Verkehr zwischen Hodeida und Sanaa durch optische Telegraphen aufrecht erhalten. — Wie von zuständiger Stelle gemeldet wird, sind die im Yemen eingetroffenen Verstärkungen vom 1. und 2. Korps drei Stunden vor Hodeida auf die Araber gestoßen. Nach heftigem Kampf zogen sich die Araber mit einem Verlust von 150 Mann einige Stunden weit zurück. Die Truppen hatten 50 Tote und Verwundete. — Aus den Bezirken Damaskus und Jerusalem werden Angriffe der Beduinen auf türkisches Militär gemeldet. Es wurde sofort eine energische Verfolgung aufgenommen, bei der die Beduinen namhafte Verluste erlitten.

Amerikanisches Spionengesetz.

Das Repräsentantenhaus erledigte am Montag die sogenannte Spion-Bill, durch die das Photographieren und Zeichnen von Kriegsschiffen, Werften und Befestigungen verboten wird. Die Strafe beträgt tausend Dollars Geldstrafe bis zu mehreren Jahren Gefängnis und, wenn die Information an eine fremde Macht verkauft wurde, zehn Jahre Gefängnis.

Das nordamerikanische Repräsentantenhaus hat eine Vorlage angenommen, in der für die Errichtung eines Denkmals zur Erinnerung an die erste deutsche Ansiedelung in Germantown 30 000 Dollars bewilligt werden.

Die Revolution in Mexiko.

Die Aufständischen haben den Angriff auf Juarez begonnen.

Aus Haiti.

Nach einer Meldung aus Cap Haitien sind der General Millionard und fünf andere Führer der Aufständischen Dienstag Abend aus dem Gefängnis geholt und erschossen worden.

Die Revolution in Honduras.

Der Präsident von Honduras Davila hat mit dem früheren Präsidenten Bonilla einen Waffenstillstand abgeschlossen.

Deutsches Reich.

Berlin, 7. Februar 1911.

— Wie der „Vol-Anz.“ erfährt, werden die Beratungen, die vor acht Tagen im hiesigen Generalstabsgebäude über strategische Eisenbahnfragen stattgefunden haben, am 17. und 18. in Dresden ihre Fortsetzung finden. Von jedem Armeekorps werden hierzu Generalstabsoffiziere eintreffen.

— Die Polizeipräsidenten Preußens treten am 17. in Berlin zu einer Konferenz zusammen.

— Nach Verweigerung des Modernisten-eides ist der Franziskanerpater Ewald Müller aus dem Kloster Miltenberg aus dem Orden ausgetreten.

















